

14. Jahrgang Nr. 7 / 25. Juli 2014 | 27. Tammus 5774

## Flucht aufs Land

### Die Geschichte des Landjudentums wird von engagierten Bürgern ins öffentliche Bewusstsein zurückgerufen

Von Heinz-Peter Katlewski

„Mitten unter uns. Landjuden in Unterfranken“ heißt eine Wanderausstellung, die derzeit über die Dörfer und Städte Unterfrankens zieht. Entwickelt wurde sie vom „Johanna-Stahl-Zentrum für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken“ mit Sitz in der Jüdischen Gemeinde Würzburg und dem von den Landkreisen und kreisfreien Städten mitgetragenen „Kooperationsprojekt Landjudentum in Unterfranken“. Die Konzeption wurde von Dr. Rotraud Ries vom Johanna-Stahl-Zentrum und Rebekka Denz, damals Projektmanagerin des Kooperationsprojekts, erstellt.

Vertreibungen, Judenpogrome und wirtschaftlicher Druck haben im Spätmittelalter die Juden aus den meisten größeren Städten Zentraleuropas vertrieben. Kaiser und Fürsten, Bischöfe, Stadträte und Patrizier konnten oder wollten die Schutzbriefe für „ihre“ Juden nicht mehr einhalten, denen Priester, Mönche und Teile der Stadtbevölkerung ruchlos Absurdes unterstellten: Sie hätten den schwarzen Tod, die Pest, durch Brunnenvergiftung hervorgerufen, sie würden in den Kirchen Hostien schänden oder Matzen mit dem Blut von Christenkindern backen. Dass die Herrscher selbst häufig bei jüdischen Geldverleihern überschuldet waren und deshalb ihre Besitztümer verpfänden mussten, war für sie nicht gerade ein Anreiz, ihrer Schutzpflicht gegenüber Juden nachzukommen.

Ab dem 13. Jahrhundert, und zwar seit den im Gefolge der Kreuzzüge zahlreichen Pogromen, suchten Juden immer häufiger Schutz abseits der freien Städte. Sie fanden ihn bei Reichsritterschaften, Hochstiften und kleinen Lokalfürsten. Die neuen Schutzherrn versprachen sich von den Zuwanderern wirtschaftliche Impulse, Zugang zu Krediten, vor allem aber gute Einnahmen aus Schutzsteuern und Judenzöllen. Konnten die Neusiedler die nicht aufbringen, lehnte sich die alteingesessene Bevölkerung gegen sie auf, oder wurden die Familien größer als im Schutzvertrag vorgeschrieben, konnten sie schnell ihr Niederlassungsrecht wieder verlieren. In den folgenden Jahrhunderten wuchs dieses Landjudentum vor allem im südwestdeutschen Raum, im Elsass, in Franken, Hessen, Thüringen und auch im Rheinland, denn in den großen Städten an den Handelsrouten wurde jüdisches Leben ab dem 14. und 15. Jahrhundert nahezu unmöglich. In manchen Regionen in Süddeutschland entstanden deshalb sogar sogenannte Judendörfer. Juden waren dort entweder eine starke Minderheit oder stellten die Mehrheit der örtlichen Bevölkerung. Aber meist wohnten nur einzelne oder wenige Familien in einem Dorf. Mit der Zeit bildeten die Landjuden zahlreiche Gemeinden. Allein auf dem Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Unterfranken gab es noch im frühen 19. Jahrhundert 203 Wohnorte mit jüdischen Einwohnern, weiß eine Ausstellungstafel zu berichten. Sie übten eine Reihe von Berufen aus, darunter Viehhändler, zunftfreie Handwerker, Makler, Geldverleiher und Hausierer. Spuren des Landjudentums sind heute in vielen Orten erhalten. In Mönchsondheim, jetzt Teil der Stadt Iphofen, zeugt ein „Judensteig“ von der einstigen jüdischen Präsenz. Die Viehhändler aus dem Nachbarort Hüttenheim mussten diesen Weg nehmen. In Veitshöchheim gab es seit dem frühen 18. Jahrhundert eine Synagoge. Auch an anderen Orten finden sich Friedhöfe, Schul- und Wohnhäuser oder Dorfsynagogen. Hin und wieder wird sogar auf einem Dachboden eine Genisa (Aufbewahrungsort für heilige Schriften) entdeckt.

Mit der Abwanderung in die Dörfer ging oft eine Verarmung einher. Dennoch wohnten und arbeiteten bis zur Aufklärung die weitaus meisten Juden im damaligen Deutschland in Ermangelung anderer Möglichkeiten auf dem Lande. Als sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die

Rechtsstellung der Juden allmählich besserte, zogen viele wieder in die Städte oder suchten in der Auswanderung nach Nordamerika ihr Glück. Dennoch gab es 1932 in Unterfranken, das zeigt die Wanderausstellung, noch über hundert Orte mit jüdischen Gemeinden. 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft wurden hier unter der Landbevölkerung noch 8520 Juden gezählt.

Vom Niedergang des Landjudentums zeugt ein kleines Museum des Landschaftsverbandes Rheinland in Rödingen, heute Teil der Gemeinde Titz im Kreis Düren. Hier siedelten 1840 noch mehr als 42 Juden. 1841 erteilte ihnen die Königliche Regierung zu Aachen sogar die Erlaubnis, auf dem Hinterhof des Hauses von Getreide- und Futtermittelhändler Isaak Ullmann eine eigene Synagoge zu bauen. 60 Jahre später wurde sie allerdings nicht mehr als solche benutzt. Rödingen hatte seine einstige Bedeutung als lokales Handelszentrum verloren, da das Dorf nicht ans regionale Eisenbahnnetz angeschlossen worden war. Die Händler fühlten sich von ihren Märkten abgeschnitten, und so zogen fast alle Gemeindemitglieder in die nahen Städte Düren, Jülich, Düsseldorf und Mönchengladbach, auch der langjährige Synagogenvorsteher Isaak Ullmann. Zuletzt wohnte nur noch seine Tochter Sibilla Ullmann dort bis sie 1934 nach dem Verkauf von Haus und Synagoge in ein jüdisches Elternheim bei Mönchengladbach ging. Die Dauerausstellung über das Landjudentum in Rödingen kann jeden Sonntag oder nach Verabredung besucht werden. Mit der Nazi-Herrschaft kam das Aus für Landjuden. Sibilla Ullmann wurde 1942 im Alter von 82 Jahren nach Theresienstadt deportiert und dort ermordet. Die damals elfjährige Lore Fleischmann – ihr Schicksal wird neben anderen Biografien von Landjuden durch die unterfränkische Wanderausstellung dokumentiert – wurde 1942 mit ihrer Familie aus dem kleinen Dorf Obbach bei Schweinfurt ins östliche Polen verbracht und ebenfalls ermordet.

Die Geschichte der Landjuden ist nach 1945 in den Dörfern lange verdrängt worden und selbst die wissenschaftliche Forschung dazu steckt noch in den Anfängen. Allerdings sind heute schon rund 20 durch bürgerschaftliches Engagement entstandene, kleinere jüdische Museen in Deutschland dabei, das Thema wieder ins öffentliche Bewusstsein zurückrufen.

Zentralrat der Juden in Deutschland. All rights reserved